

# Arbeitslosengeld als Firmen-Subvention

Manager und Künstler über die Zukunft der Beschäftigung

St. Gerold – „Laboratorium“ nennt der Verein „Aktion MitArbeit“ seine alljährlichen Symposien im Kloster St. Gerold im Großen Walsertal. Ziel des unkonventionellen Zirkels aus Unternehmern, Managern und Künstlern ist die „öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber der Arbeitslosigkeit und aller ihrer Probleme herbeizuführen“.

Im Mittelpunkt des IV. Laboratoriums stand „Arbeit und Beschäftigung im Wettlauf der Großmächte“. Vom Vorarlberger Bergtal blickte man über Europa hinaus in die USA und Japan, in der Hoffnung neue Denk- und Lösungsansätze zu entdecken. Die umstrittensten Thesen lieferte Dennis J. Snower, Wirtschaftsprofessor an der University of London und Berater der Regierungen von Großbritannien und der Niederlande. „Der Wohlfahrtsstaat, so wie er jetzt aufgebaut ist“ hat für den gebürtigen Wiener „keine Zukunft“. Die Unfinanzierbarkeit sei vorprogrammiert, denn: „Der Wohlfahrtsstaat ermutigt, unproduktiv zu werden.“ Die Umverteilung von Geld werde durch stetig wachsende Nachfrage nach Unterstützung ineffizient und auf Dauer zu kostspielig. Um den „Wohlfahrtsstaat zu retten“ müsse man künftig „wirtschaftliche Anreize umverteilen“ statt Geld. Beispielsweise indem Menschen „ohne Erwerbsarbeit

sich mit ihrem Arbeitslosengeld einen Arbeitsplatz quasi kaufen. Snower: „Das Arbeitslosengeld wird zur Subvention für die Firma.“ Im Klartext: Der Erwerbslose gibt seine staatliche Unterstützung an eine Firma weiter, die bietet dafür einen Arbeitsplatz. Verhandlungsbasis für die Entlohnung ist die Höhe der Subvention.

## Perverse Nebeneffekte

„Verkehrte Anreize mit perversen Nebeneffekten“ nannte Bernd Marin, Direktor des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung Wien, Snowers Ideen. Langzeitarbeitslosigkeit werde dadurch gefördert. „Die Firmen haben ein Interesse daran, daß es die Subvention so lang wie möglich gibt.“ Ein weiterer Einwand: Die subventionierten Arbeitskräfte könnten anderen vorgezogen werden, somit neue Arbeitslosigkeit hervorrufen. Snower konterte mit Erfahrungen aus Neuseeland: „Firmen, die das System mißbrauchen, werden hart bestraft.“

Staatliche Reglementierung verlangt auch ein weiterer Vorschlag Snowers, das Modell „wohlfahrtsstaatlicher Konten“. Der erwerbstätige Mensch hat vier Konten für Krankheit, Arbeitslosigkeit, Rente und Weiterbildung. Der Staat schreibt Mindesteinlagen vor, begünstigt Mehreinkünfte

lagen steuerlich. Im Bedarfsfall erlaubt er den Zugriff auf das jeweils benötigte Konto. Chile und Singapur hätten bereits erste Erfahrungen damit gesammelt. Schwierigkeiten sieht Snower lediglich in der Arbeitsmarktverwaltung: „Beamte, die für das momentane System verantwortlich sind, haben natürlich ein Interesse an dessen Erhaltung.“ (jub) *AktionMitArbeit, Färbergasse 15, 6850 Dornbirn, Tel.: 05572/370 81, e-mail: akt.mit.arbeit@vol.at*

Dennis J. Snower, gebürtiger Wiener, ist heute Regierungsberater in London und Den Haag.

Foto: Jutta Berger

